

Social-Demokrat.

Organ der social-demokratischen Partei.

Redigirt von J. B. v. Hoffetten und J. B. v. Schweizer.

Redaction und Expedition:
Berlin,
Alte Jakobstraße Nr. 67.

Diese Zeitung erscheint drei Mal wöchentlich
und zwar: Dienstags, Donnerstags und
Sonnabends Abends.

Abonnements-Preis für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 15 Sgr., monatlich 5 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Königl. preussischen Postämtern 15 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 12½ Sgr., im übrigen Deutschland 20 Sgr. (fl. 1. 10. Südd., fl. 1. österr. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Expeditur, von der Expres-Compagnie, Zimmerstraße 48a, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. Inserate (in der Expedition aufzugeben) werden pro dreispaltene Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bender, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.

Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

Bestellungen für das zweite Quartal 1866 werden fortwährend (auswärts auf den Postämtern) angenommen.

Politischer Theil.

Mundschau.

Berlin, 21. April.

Wie es scheint, werden wir noch längere Zeit von keiner wesentlichen Veränderung der Situation in Deutschland sprechen können, die freilich auf die Dauer unmöglich wird. Unterdessen ist nach einem Wiener Telegramm des „Dressd. Journ.“ am 19. d. M. die Habsburgische Antwort auf die letzte Hohenzollern'sche Note vom 15. d. abgegangen. Sie soll „sachlich und formell“ friedlich lauten und einen nahen Termin zu gegenseitiger Abrüstung vorschlagen. Nach einem neuesten Telegramm soll es dem Grafen Bismarck geglückt sein, sich ein Original-Exemplar einer für den Kriegesfall bereits vorbereiteten Habsburgischen Proclamation an die Völker Oesterreichs und der deutschen Bundesstaaten zu verschaffen, und glaubt man, daß er dadurch den preussischen König zur Entscheidung für den Krieg werde bewegen können. — Bezüglich der Habsburgischen Circulardepeche an die deutschen Regierungen vom 16. vor. Mts. will man wissen, daß dieselbe gleichlautend mit der Note Mensdorff's an das Cabinet von St. James sei. Wenn dem so ist, und wir glauben an die Richtigkeit dieser Behauptung, so haben die Freunde des Grafen Bismarck Recht, wenn sie sagen, daß derselbe seit Wochen das eigentliche Programm Oesterreichs in der Herzogthümerfrage wohl kenne und daß das Bundesreformprojekt die einzige Möglichkeit war, welche den Plan des Wiener Cabinets kreuzen konnte. Indessen hegt man in denselben Kreisen, trotz officieller Beschwichtigungen, die Meinung, daß die Einschüchterung der Mittel- und Kleinstaaten nicht gelungen und daß andere Mittel in Bewegung gesetzt werden müßten, um die Annexion der Herzogthümer möglich zu machen. So schreibt auch die „Bayer. Zeitung“:

Ueber den Stand der Tagesfragen circuliren die verschiedenartigsten, theilweise sehr wenig begründeten Nachrichten, besonders über die Stellung der deutschen Regierungen und namentlich der Bayerischen zu dem Reform-Antrage. Es ist unmöglich, allen diesen Gerüchten entgegen zu treten. Wir empfehlen dem Publikum eine vorsichtige Aufnahme derselben, besonders auch betreffs der letzten Wiener Nachrichten über das Verhältnis Bayerns zu dem Reformantrage. Die Bayerische Regierung ist, wie schon erwähnt, bereit, die Seitens Preussens zu machenden Vorschläge einer sehr sorgfältigen Prüfung zu unterstellen. Ueber das Materielle der Frage hat sie schon aus dem Grunde bisher nach keiner Seite sich zu äußern vermoht, weil ihr die betreffenden Preussischen Vorschläge zur Zeit noch unbekannt sind.

Und neuestens erklärt dasselbe officiöse Blatt die Nachricht, die bayerische und sächsische Regierung hätten ein Programm in Beziehung auf die dem preussischen Reform-Antrage gegenüber zu beobachtende Haltung vereinbart, für grundlos, und fügt hinzu, die bayerische Regierung habe sich bisher nach keiner Seite hin über ihre Ansichten, bezüglich der Aenderung der Bundes-Versaffung, geäußert, sie behalte sich vielmehr ihre Entschliessungen bis zu demjenigen Zeitpunkt vor, wo sie von dem materiellen Inhalt der preussischen Vorschläge Kenntniß erlangt haben werde. — Der „Staats-Anzeiger für Württemberg“ meldet, daß eine Einigung zwischen Württemberg, Bayern und Baden bezüglich der Bundesreformfrage in allen wesentlichen Punkten feststeht. — Der bayerische Premier, Herr v. d. Pfordten, reist heute zur Minister-Conferenz nach Augsburg, wo die Herren v. Beust, v. Barnbüler, v. Dalwigk und vermuthlich auch v. Ewelsheim zusammentreffen. — Nach einer telegraphisch gemeldeten Mittheilung der „Wiener Abendpost“ wäre die durch den (amtlichen) „Staats-Anzeiger für Württemberg“ veröffentlichte österreichische Depesche, in welcher Graf Mensdorff es für eine Schmach erklärt, wenn Oesterreich es nicht hinderte, daß die Herzogthümer in den Besitz Preussens kämen, vollständig apokryph (gefälscht). — Die „N. A. Ztg.“ bemerkt hierzu: „Die „Wiener Abendpost“ hat wohl vergessen, daß der „Staatsanzeiger für Württemberg“ ein amtliches Organ ist, welches füglich nicht „apokryphe“ Nachrichten verbreiten kann, während wir in der „Abendpost“ häufig genug Dinge gefunden haben, die sich in der That nachher als „apokryph“ erwiesen. Wir müssen daher Aufklärungen aus Stuttgart erwarten.“ Merkwürdig ist dabei, daß die officielle „Wiener Zeitung“ die angeblich fälschliche Note, ohne jede Bemerkung, wörtlich abgedruckt hat. — Die Kreuzzeitung bemerkt zu dem Dementi der „Wiener Abendpost“: „Vielleicht ist's nur keine „Antwort“, sondern sonst ein Schreiben des Grafen Mensdorff an den englischen Gesandten in Wien — denn daß eine indirecte Friedensmahnung des englischen Ministers an das Wiener Cabinet existirt, ist gewiß. Vielleicht hat es auch der österreichische Gesandte in London auf eigene Hand nach Wiener Aufzeichnungen abgefaßt und dem Lord Russell übergeben, so daß es um deswillen keine „Antwort“ aus Wien ist. Jedenfalls sieht fest, daß man schon früher von allerlei sonderbaren Eröffnungen hörte, die Oesterreich an die Westmächte hätte gelangen lassen, und daß das vorliegende Actenstück gewiß durchaus — Diegeleben'sch ist. Was es mit demselben auch im Besonderen für eine Bewandniß habe, — daß es im wesentlichen österreichische Gedanken ausdrückt, wird unweifelhaft sein.“ (Siehe das Weitere unter London.) Hinsichtlich der Stellung der Mittelstaaten ist noch bemerkenswerth, daß das „Dressdener Journal“ auch die

Zeitungsnachricht dementirt, daß das Wiener Cabinet ein von Bayern und Sachsen vereinbartes Programm in der Bundesreformfrage genehmigt hat. Weber die bayerische noch die sächsische Regierung hätten in Wien derartige Vorschläge gemacht. — Ueber die heute stattfindende Bundestagsitzung verlautet, daß eine die Entwaffnungsfrage als erledigt constatirende Kundgebung erfolgen soll. Oesterreich stimmt für die Ueberweisung des preussischen Reform-Antrages an einen Ausschuß ad hoc. — Ferner heißt es, es bestätige sich, daß Habsburg zuerst entwaffnen wolle, indem es am 25. April damit beginnen würde, in der Erwartung, daß Hohenzollern am andern Tage, dem 26., seinerseits mit der Abrüstung beginnen würde. — Am 22. d. M. soll eine Würzburger Conferenz zusammentreten, in welcher vertreten sein werden: Darmstadt, Nassau, Württemberg, Baden, Bayern und Sachsen. — Anderweitig verlautet, Hohenzollern werde bei seinem Antrage der Parlamentsberufung mit bestimmtem Termine vor der speciellen Verhandlung über die Reform-Vorlagen unbedingt stehen bleiben, wahrscheinlich sogar seine weitere Verhandlung mit dem gegenwärtigen Bunde davon abhängig machen. Kurz, statt der Friedenstauben können immer noch Sturmvögel zum Fliegen kommen. In Frankreich ward im gesetzgebenden Körper das Decret eingebracht, welches die diesjährige Session bis zum 21. Juni verlängert. Die Discussion über die Kaufahrts-Schiffahrts-Acte ward fortgesetzt, ohne daß sie Momente von besonderem Interesse darbot. —

Der „Constitutionnel“ vom 18. April beschäftigt sich in einem längeren Artikel mit den Donaufürstenthümern und meint, wenn ein ausländischer Fürst den Thron der Fürstenthümer bestige, so würde ein solches Arrangement mit den Wünschen des Landes wohl mehr übereinstimmen, aber die Einwendungen und der Widerwille, den es an anderer Seite provociren würde, scheine bis zu einem gewissen Punkte ein Opfer zu verlangen. Die einzige Combination, welche geeignet scheinen möchte, die verschiedenen Tendenzen miteinander auszuföhnen und allen Interessen Genüge zu leisten, wäre die, einen Hospodar zu wählen, den man beauftragen sollte, die Moldau und die Walachei während eines festgesetzten Zeitraumes zu beherrschen. Wenn der Fürst sich dieser Mission würdig zeige, dann könnte eine Verlängerung der ihm anvertrauten Gewalten eintreten, der die Türkei wie die garantirenden Mächte nicht anstehen würden, ihre Bestätigung zu ertheilen. — Die Wahl des Prinzen Carl v. Hohenzollern zum Fürsten von Rumänien, über deren Annahme oder Nichtannahme die officiösen Organe noch fortwährend im Zweifel lassen, werden jetzt auf eine tief angelegte Intrigue zurückgeführt, deren Fäden nach Berlin und Paris auslaufen. Man schließt es daraus, daß der Führer der demokratischen Partei, Brakano, welcher zu Gunsten des jungen preussischen

Gardelieutenants glühende Reden hielt, erst vor Kurzem nach einem längeren Aufenthalte in Paris, woselbst er sich in den politischen Salons sehr bemerkbar machte, nach den Fürstenthümern zurückkehrte.

Aus London, 20. April, wird telegraphirt, daß die Reformdebatte vorgestern Abend fortgesetzt wurde: Graham, Hunt, Th. Hughes und der Handels-Minister Milner Gibson sprachen für, Elcho, Veresford, Hope, Doukton und Hardy gegen die Regierung. — Auf eine Interpellation Sir F. Verney's erwiderte Layard, die Großmächte hätten dem Staate Preußen im Wiener Vertrage die sächsischen Theile garantiert. England würde im Kriegsfall seine Mitgaranten über den in dieser Beziehung einzuschlagenden Weg consultiren. — Layard erklärte die aus Stuttgart gekommene Mittheilung von einer Wiener Antwortsknote auf eine englische Note für total unwahr.

In Italien wehren sich die kriegerischen Anzeichen. Das neapolitanische Blatt, die „Italia“ erzählt, daß die Admiralität Befehl erhalten habe, Alles zur Mobilmachung der Flotte bereit zu halten. Die Truppen-Concentration bei Capua dauere fort. Auch Kriegsmaterial gehe nach dem Norden. In den Arsenalen werde Tag und Nacht gearbeitet.

In der Sitzung der Deputirtenkammer vom 18. April erklärte der Finanzminister in Beantwortung einer an ihn gerichteten Interpellation, daß die Gerichte über die ungünstigen Creditverhältnisse Italiens entweder von Ausländern, die Italien feindlich gesinnt seien, oder von Italiens unwürdigen Angehörigen verbreitet seien. Der Minister stellt es absolut in Abrede, daß die Regierung die Absicht habe, die Bankbillets mit einem Zwangscourse zu belogen. Die Auszahlung der im Juli fälligen Zinsen sei durch die vorhandenen gewöhnlichen Staatsmittel gesichert. Die Regierung werde die Urheber verläumderischer Gerüchte in Gemäßheit des Strafgesetzbuches verfolgen. — Am 16. April legte der Abgeordnete Naelli dem italienischen Abgeordnetenhaus den Bericht über das Gesetz auf Abschaffung der geistlichen Corporationen vor. Gegenüber den Versicherungen der Wiener und Pariser Blätter erhielt die „Opinione“ vom 9. April den Auftrag, auf das Bestimmteste zu dementiren, daß die italienische Regierung weder am 27. März, noch später gegen Preußen eine Verpflichtung zur gemeinsamen Action gegen Oesterreich oder zu einem andern Zwecke übernommen habe. — Am 12. April fand die feierliche Eröffnung des großen Savour-Canals statt.

In Spanien scheint eine neue Erhebung bevorzustehen. Wenigstens läßt sich so viel aus einer Erklärung des Ministers des Innern in der Deputirtenkammer entnehmen, wo derselbe versicherte, er kenne die Vorbereitungen der Verschwörer, aber er fürchte keineswegs, daß die Ruhe ernstlich gestört werden würde. — Sonst ist noch zu erwähnen, daß der Finanzminister krank darniederliegt, und daß die Commission der Deputirtenkammer, welche mit Prüfung des Gesetzes bezüglich der neuen Bank beauftragt ist, den Beschluß gefaßt hat, nicht eher zusammenzutreten, als bis der Minister ihren Sitzungen beiwohnen kann.

Wie aus London versichert wird, hat der dortige Gesandte Brasiliens ein Telegramm erhalten, demzufolge bestätigt wird, daß die Gesamtmacht der Verbündeten unter dem Schutze des Panzergeschwaders den Uebergang über den Parana glücklich bemerksichtigt hat.

Neuere Mittheilungen aus Nord-Amerika melden, daß die Debatte über das Veto des Präsidenten im Senate sehr erregt war. Ein Senator erklärte, daß die Annahme der Bill den Bürgerkrieg nach sich ziehen würde. Herr Lane brachte Resolutionen für die Zulassung süblicher Congress-Mitglieder unter gewissen Bedingungen ein; und Washington hatte eine Massen-Versammlung stattgefunden, die die Politik des Präsidenten gutheißt. — Wie bereits vom Senate, so ist auch jetzt vom Repräsentantenhaus die Bürgerrechts-Bill mit der erforderlichen Zweidrittel-Majorität gegen das Veto des Präsidenten angenommen. — Es sollen Gerüchte im Umlaufe sein, wonach binnen Kurzem eine allgemeine Amnestie proclamirt werden wird. — Zu der fenischen Bewegung wird mitge-

theilt, daß Doran Killian mit einer fenischen Streitmacht von New-York abgegangen sei, um sich der Insel Campo Vello in der Fundybaai zu bemächtigen. Auch circulirte das Gerücht von einer fenischen Expedition gegen die Bermudas; es ist jedoch hierüber noch Weiteres abzuwarten.

Aus Mexiko werden verschiedene angebliche Erfolge der Kaiserlichen gemeldet. Was die Beziehungen der Vereinigten Staaten zu dem mexikanischen Kaiserreiche anbelangt, so wollen New-Yorker Journale die Antwort kennen, welche Herr Seward auf die Depesche der französischen Regierung vom 9. Januar gerichtet hat. In derselben soll der amerikanische Minister nichts weniger als freundschaftlich gegen das mexikanische Kaiserthum gefaßt sein, aber die Depesche mit den Worten schließen: „Die vereinigten Staaten werden mit Vergnügen bestimmte Mittheilungen über den Zeitpunkt entgegennehmen, zu welchem die militärischen Operationen der Franzosen in Mexiko aufhören.“ — Der New-Yorker „Herald“ bringt eine Nachricht, die, wenn sie sich bestätigen sollte, leicht zu Verwicklungen Veranlassung geben könnte. Das Blatt versichert nämlich, daß der juristische General Vega die Insel Carmen an eine Gesellschaft californischer Kapitalisten verkauft habe. Die Insel liegt in dem Golf von Californien, der die mexikanische Provinz Alt-Californien von den Provinzen Sinaloa und Sonora trennt. Die geographische Lage der Insel ist für das Kaiserreich Mexiko von großer Wichtigkeit, weil sie die Schifffahrt auf dem Golfe und den Seeweg von den Häfen von Guaymas und Mazatlan beherrscht. Die Insel besaß sich bisher in Besitz einer Seitenlinie der Familie Vega, und bildet dieselbe durch großartige Salinen eine bedeutende Einnahme-Quelle. Der Verkauf der Insel an nordamerikanische Staatsbürger könnte selbstverständlich Collisionen zwischen den Privatrechten amerikanischer Bürger und den „Souveränitätsrechten“ Mexiko's hervorrufen.

Berlin, 21. April.

Gegen die herrschende Resolutions-Epidemie, die im gegenwärtigen Augenblicke in Deutschland ärger wüthet, als jemals, muß sich jeder gesunde politische Menschenverstand empören, sobald man den Inhalt des größten Theiles der Resolutionen, die jetzt gefaßt werden, näher betrachtet.

Nichts ist natürlicher, als daß sich in politisch erregten Zeiten das Bedürfnis, seine Ansichten über die Fragen des Tages öffentlich auszusprechen und in Resolutionen, als Ausdruck der Volksmeinung, niederzulegen, nichts ist, sagen wir, natürlicher, als daß sich in solchen Augenblicken dieses Bedürfnis in erhöhtem Grade einstellt.

Ebenso ist es nicht nur ein Recht, sondern auch eine Pflicht des Volkes, in ersten Zeitläufen seine Meinung über wichtige, seine Interessen berührende Fragen kundzugeben, und Niemand, keine Regierung, darf dieses Recht des Volkes beschränken wollen, niemals und unter keinen Umständen.

Denn eine freie, das Interesse des Volkes wirklich vertretende Regierung braucht die Stimme des Volkes nicht zu fürchten.

Ein Blick nach Amerika, wo während des ganzen furchtbaren Bürgerkrieges das freie Versammlungsrecht und die Freiheit der Presse niemals beschränkt wurden, lehrt uns, welche heilsame Arznei die Freiheit und wie richtig unser obiger Ausspruch ist.

Was nun die gegenwärtig bei uns in Deutschland tagenden Volksversammlungen und ihre Beschlüsse betrifft, so ist es selbstverständlich, daß wir nichts dagegen haben können, daß man sich da und dort gegen einen Krieg zwischen Oesterreich und Hohenzollern ausspricht, obwohl wir ganz anderer Ansicht sind.

Mögen nur diejenigen, welche jene Meinungen nicht theilen, ebenso freimüthig und unerschrocken die ihre ansprechen, wenn sie wünschen, daß dieselbe zur Geltung und Anerkennung gelange.

Und das sollten sie, das soll Jeder wollen, der überhaupt eine politische Meinung hat, und nicht, wie eine Wetterfahne, bald hierhin bald dorthin

schwankt. Thun sie es nicht, so haben sie sich die Folgen selbst zuzuschreiben, wenn ihre Meinung keine Beachtung findet.

Wenn wir nun also nichts weiter gegen die Friedensresolutionen zu sagen haben, als daß sie, unserer Ansicht nach, unverständlich sind, so müssen wir uns entschieden gegen solche Resolutionen wenden, in denen das politische Maulheldenthum zum Ausdruck gelangt, gegen Resolutionen, in welchen von Dingen die Rede ist, an deren Ausführung man auch nicht im Entferntesten denkt, gegen Resolutionen, denen Thaten folgen müßten, wenn sie einen Sinn haben sollten.

Sehr treffend meint das „Frankfurter Journal“: „Hypertrophie des Herzens bei krankhafter Verstimmlung des Gangliensystems und Verklümmung des Gehirns“ scheinen die hauptsächlichsten Ursachen dieser Resolutionskrankheit zu sein, deren Symptome in sinnlosen politischen Kraftausdrücken bei vollständiger Lähmung des Willensvermögens zur Erscheinung kommen.“

Resolutionen der gedachten Art wurden unter anderen auch von einer am verflohenen Sonntag zu Dresden stattgehabten Volksversammlung angenommen und wir stimmen vollkommen mit dem „Frankfurter Journ.“ überein, welches darüber sagt:

Die Dresdener Beschlüsse gegen den Krieg und gegen das Bismarck'sche Parlament sind es also nicht, die unsre Mißbilligung hervorgerufen haben, sondern, es sind die Beschlüsse, welche auf Einberufung einer Nationalversammlung und auf das Zusammentreten der Mitglieder des Stuttgarter Rumpparlaments als Vorparlament gerichtet sind. Und auch gegen diese Beschlüsse hätten wir an und für sich nichts zu erinnern, wenn etwas anderes darauf gefolgt wäre, als das, was darauf gefolgt ist, nämlich ein friedliches Aneinandergerathe, um sich nach so tapferer That — bei einem Glase Bier von den Anstrengungen des Tages zu erholen. Das aber ist es, was wir Mißbrauch der Stimme des Volkes nennen und nicht entschieden genug verurtheilen können, denn es entnervt das Volk, es gewöhnt es an das leere Wortemachen, an das Maulheldenthum, an das Säbel-rasseln, es benimmt ihm die Fähigkeit zur wirklichen Begeisterung, wie zum politischen Denken, und setzt seine Theilnahme an den politischen Ereignissen in seinen eigenen wie in den Augen seiner Feinde herunter.

Wenn die Herren in Dresden wirklich den Muth haben, über einen Antrag der preussischen Regierung auf Bundesreform und Einberufung eines Parlaments zu Gunsten der deutschen Reichsverfassung zur Tagesordnung überzugeben, wenn sie den Muth haben, auf einer constituirenden Nationalversammlung zu bestehen, wenn sie gar den Mitglieder des Stuttgarter Rumpparlamentes zumuthen, als Vorparlament zusammen zu treten, dann mögen sie es auch, wir bitten sehr darum, nicht bei den bloßen Worten belassen, dann mögen sie auch den Muth haben, die Vorbedingungen zur Herbeiführung aller dieser Herrlichkeiten zu schaffen, d. h. mit der Revolution zu beginnen. Der erste Schritt hierzu aber hätte sein müssen, die Regierung zu stürzen, die im Mai 1849 den Aufstand zu Gunsten der Reichsverfassung in den Straßen Dresdens blutig niederschlug, und der zweite Schritt hätte sein müssen, auch die Regierung zu Fall zu bringen, die diese Bewegung durch ihre Truppen getrennlich niederschlagen half. Also zunächst reinen Haushalt gemacht mit Herrn v. Beust und dann aufgebrochen gen Berlin, um dort das begonnene Werk fortzusetzen. Wir sagen nicht daß dies Beginnen große Aussicht auf Erfolg gehabt hätte und wir wollen es auch keineswegs angerathen haben; das aber sagen wir, daß solchen Beschlüssen nur solche Thaten folgen durften, wenn sie nicht als klägliche Strohhalmnisterei beurtheilt werden sollten.

Ja, ekelhaft ist dieses politische Maulheldenthum und es wäre an der Zeit, daß sich aller Orten das Volk, so weit es nicht wie eine unselbstständige, willenlose Heerde jenem Fortschrittler- und Schwärmer-Schwarm nachläuft, entschieden ausspreche und erhebe gegen die wahnwitzige Zungendreherei.

Deutschland.

II. Sagen, 20. April. [Allgemeines gleiches Wahlrecht.] Es wird von Seiten der Liberalen dem Volke jetzt immer zugerufen: Nehmt Euch in Acht vor dem allgemeinen gleichen Wahlrecht des Herrn v. Bismarck — es ist nur ein Danaergeschenk; Herr v. Bismarck will Euch behörden und — benutzen! Nun wohl, er mag es versuchen; wir glauben, daß der Nutzen gerade nicht sehr groß sein wird. Aber nicht des Volkes